Regina Rocca
Der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Kiel[1]

Die Verabschiedung der Verfassung bedeutete für die Weimarer Republik keinesfalls eine innere Konsolidierung; im Gegenteil – bis 1923 war ihre Existenz mehrmals in Frage gestellt.

Der Kapp-Lüttwütz-Putsch war der erste „*Aufstand der Enterbten*[2]", den die Weimarer Republik erlebte. Im Moment des Umsturzes im November 1918 hatten sich Bürokratie, Militär und politische Gruppen auch der Rechten stillschweigend der SPD und ihrer „gemäßigten Revolution" unterstellt, da diese eine gewisse Kontinuität zu wahren versprach. Am Anfang der Republik stand das „*plötzliche Erlebnis einer kaum erwarteten Niederlage, und ihre erste Basis war ein Notbau aus widerwillig improvisierten Kompromissen*"[3]. Der sichtbarste und für die Republik bedeutungsvollste Kompromiß zwischen alten und neuen Machtträgern wurde im Bündnis der republikanischen Gewalt mit der bislang auch politisch ausschlaggebenden militärischen Führung geschlossen; dabei wurde es für die deutsche Innenpolitik von entscheidender Bedeutung, daß sich trotz mancher Ansätze kein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Reichswehr und Regierung entwickelte.

Der Putsch vom 13. März 1920 hatte zwei Hauptursachen: Einmal führten die Bedingungen des Friedensvertrages, die innenpolitischen Unruhen, die trostlose wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches sowie das sich ständig verschlechternde Verhältnis zwischen Reichswehr und Republik in politisierten Teilen der Truppe von Frühjahr 1919 ab zu Überlegungen, den „Wiederaufstieg Deutschlands" durch eine gewaltsame Umbildung der Regierung in Richtung auf eine Diktatur herbeizuführen. Zum anderen begann im gleichen Zeitraum eine sich ständig verschärfende Propagandawelle der Rechtsopposition gegen das bestehende System (Agitation gegen den „Schmachfrieden", Propagierung der „Dolchstoßlegende").

Mit der Unterzeichnungsfrage gerieten viele Offiziere erstmals in offenen Widerspruch zur Reichsregierung[4], so auch der Kommandierende General des Reichswehr-Gruppenkommandos I in Berlin, Freiherr v. Lüttwitz, der als Schutzherr der Freikorps auftrat.

Bereits im Sommer 1919 bestanden zwei Verschwörerzentren. Das eine, militärische, um General v. Lüttwitz, das andere, zivile, hatte sich um die Person des Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp gebildet. Kapps Vorstellungen bewegten sich um eine Wiederherstellung der Bismarckschen Reichskonzeption, kombiniert mit Ständestaatsideen. Daraus folgte unmittelbar der Sturz der parlamentarischen Regierungsform und eine „*vorübergehende Diktatur*[5]". Lüttwitz kam es in erster Linie auf die Wiederherstellung „*geordneter Zustände*" und die Erhaltung der führenden Rolle des Militärs an. Langfristig schwebte ihm vermutlich die Restauration der Monarchie vor. Bewaffnete Unterstützung suchten und fanden die Verschwörer bei den von der Auflösung bedrohten Freikorps, bei denen sich fanatischer Korpsgeist, Ablehnung der Republik und intensive Mißstimmung verbanden, den Zeitfreiwilligen und den Einwohnerwehren.

Als Reichswehrminister Noske (MSPD) am 29. Februar an-

[1] Es ist richtiger, vom „Kapp-Lüttwitz-Putsch" als vom „Kapp-Putsch" zu sprechen; Nicht das recht dilettantische Unternehmen des Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp, sondern das Militär bestimmte den Verlauf des Putsches. – Vgl. Erger, Johannes, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.

[2] Gordon, Harold J., Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926, Ffm 1959, S. 96.

[3] Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen/Schwarzwald 1971, S. 19.

[4] Die Reichsregierung war aufgrund des Friedensvertrages verpflichtet, das Reichsheer, das Anfang 1920 ca. 250 000 Mann einschließlich der noch bestehenden Freikorps umfaßte, auf eine Stärke von 100 000 zu reduzieren. Die Erfüllung dieses Verlangens bedeutete unter anderem die Auflösung der Freikorps.

[5] Kapp, Verteidigungsschrift; zitiert nach Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, S. 99.

ordnete, zunächst die 2. und 3. Marinebrigade aufzulösen, kam es zu dem überstürzten Umsturzversuch, der wahrscheinlich erst für Ende März vorgesehen war. Am frühen Morgen des 13. März 1920 zog die 2. Marinebrigade (Brigade Ehrhardt) auf Anweisung von General v. Lüttwitz in Berlin ein und besetzte die Ministerien. Die Reichsregierung wurde für abgesetzt erklärt.[6] Nach wenigen Tagen war das Putschunternehmen gescheitert.

Die Reaktionen gegen den Putsch waren bereits am ersten Tag mit den Aufrufen der Gewerkschaften und der Links- und Mehrheitsparteien zum Generalstreik erfolgt. Außerdem hatte die legale Regierung, auf deren Festsetzung die Putschisten großen Wert gelegt hatten, nach Stuttgart fliehen können; und auch die Beamtenschaft fühlte sich – trotz vorhandener Sympathien für die Ziele Kapps – dem geleisteten Eid auf die verfassungsmäßige Regierung verpflichtet. Selbst die Rechtsparteien verhielten sich abwartend – eine Haltung, die sich bei einer erfolgreichen Durchsetzung des Staatsstreiches sicherlich schnell geändert hätte.

In der zunehmenden Angst vor einer Radikalisierung der streikenden Arbeiterschaft und aufgrund von vermehrten Unruhen auch in den Truppen drängten nun selbst Angehörige der Reichswehrführung und der Rechtsparteien die Putschisten zu einem Ausgleich. Und so mußten Kapp und Lüttwitz bereits am 17. März 1920 von ihren unrechtmäßig angeeigneten Ämtern zurücktreten.

In Kiel mußte es fast zwangsläufig zu massiven Auswirkungen der Berliner Ereignisse kommen; denn mit der Kieler Marineführung und den zahlreichen Arbeitern standen sich gegnerische Gruppen quasi gegenüber, denn die Marine spielte im Kapp-Lüttwitz-Putsch eine besondere Rolle.[7] So stellte sich in Kiel der hiesige Militärbefehlshaber, der ganz im radikalen Fahrwasser schwimmende Konteradmiral Magnus v. Levetzow[8] den Putschisten zur Verfügung. Auf der anderen Seite gab es in Kiel – bedingt durch die Kieler Wirtschaftsstruktur, die vor allem durch die Werftindustrie geprägt war – einen weitaus höheren Anteil von Arbeitern als im Reichsdurchschnitt.[9]

Verschärft wurde die Situation in Kiel im März 1920 durch die Anwesenheit des Bataillon Claassen, eine Einheit der 3. Marinebrigade (Brigade Löwenfeld). Gerade die Freikorps gehörten zu den Formationen, die sich nur zu bereitwillig für die Putsch-Regierung einsetzen ließen; das war nicht nur durch die bevorstehende Auflösung der Freikorps, sondern auch durch einen grundsätzlichen Gegensatz begründet. Die Freikorps bestanden zwar aus sehr heterogenen Gruppen, aber es gab eine Gruppe, die in ihnen so gut wie überhaupt nicht vertreten war: die mehrheits- und unabhängig sozialistische Arbeiterschaft. Das feindschaftliche Verhältnis zwischen Freikorpsangehörigen und organisierten Arbeitern bestimmte im März 1920 die Ereignisse in Kiel maßgeblich: Die heftigsten Kämpfe erfolgten zwischen diesen beiden Gruppen.

Am Morgen des 13. 3. 20 erfuhr man in Kiel von den Ereig-

[6] Alle Kundgebungen der „Kapp-Regierung" in: Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur. Dokumente zur Gegenrevolution, Berlin 1920.

[7] Vgl. Forstmeier, Friedrich, Zur Rolle der Marine im Kapp-Putsch; in: Seemacht und Geschichte. Festschrift zum 80. Geburtstag von Friedrich Ruge. Hrsg. v. Deutschen Marine Institut, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 51.

[8] Zur Person vgl. Granier, Gerhard, Magnus v. Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rhein 1982.

[9] 1928 waren von ca. 100 000 Erwerbstätigen 70 000 Arbeiter. Auffällig ist der sehr niedrige Anteil von Selbständigen; er betrug gerade 16 %. – Vgl. Dähnhardt, Dirk, Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19; in: MKStG 64 (1984), S. 28.

Einschußlöcher – Spuren der Straßenkämpfe am 18. 3. 1920 in der Annenstraße in Kiel, nahe der Maschinenbauschule (Foto: Stadtarchiv Kiel)

nissen in Berlin; Admiral v. Levetzow erließ eine Bekanntmachung, in der die Bevölkerung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung – die ständige Parole der militärischen Führung während des Putsches – aufgefordert wurde. Gleichzeitig verbot er alle Versammlungen ohne seine Erlaubnis.[10] Die sozialdemokratischen Zeitungen – die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung[11]" (MSPD) und die „Republik" (USPD) – und die liberal ausgerichtete „Kieler Zeitung" warnten vor der *„monarchistischen Gegenrevolution"*, vor der *„Umsturzbewegung der Rechtsradikalen"*[12] und riefen zum Kampf gegen den Putsch auf. Lediglich die DNVP-nahe „Kieler Neueste Nachrichten" (KNN) beschränkte sich auf eine knappe Darstellung der Ereignisse in Berlin, was der abwartenden Haltung der politisch rechts orientierten Kreise entsprach.

In Kiel begann der Generalstreik vor dem Abdruck der zentralen Streikaufrufe[13] in den Zeitungen, die verspätet erst am Nachmittag des 13. 3. 20 erschienen. USPD und MSPD zeigten dabei eine bemerkenswerte Einigkeit. Die Kieler USPD vertrat zwar die Meinung, daß *„die törichte Politik der Rechtssozialisten in der Regierung"* den Putsch geradezu provoziert habe[14], und legte Wert auf die Klarstellung, daß sie nicht für die Rückkehr der alten Regierung kämpfen wolle. Doch gleichzeitig betonte die Partei die gemeinsame Interessenlage der *„gesamten deutschen Arbeiterschaft"*:

„Wir wollen uns den Boden der demokratischen Republik – so verzerrt ihr Bild auch durch die Brutalität der gegenwärtigen Regierungspolitik erscheinen mag – als Grundlage unseres politischen Kampfes nicht nehmen lassen . . . Arbeiter! Genossen! Es gilt eine große Gefahr abzuwehren. Tretet einig und geschlos-

[10] Alle Kieler Tageszeitungen vom 13. 3. 20 mußten diese Bekanntmachung abdrucken, sie durften nicht vorher erscheinen. – Verfügung des Militärbefehlshabers an die Schriftleitungen der Kieler Tageszeitungen; in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schleswig-Holstein Abt. 301 Nr. 5712.

[11] Weiterhin zitiert als „SHVZ".

[12] Kieler Zeitung v. 13. 3. 20 (Morgenblatt).

[13] Alle Aufrufe in: Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur, S. 65 ff.

[14] Republik v. 13. 3. 20.

sen auf zur Abwehr der reaktionären Pläne. Es geht nicht um die rechtssozialistische Regierung, es geht vor allen Dingen um Euch selbst, um das revolutionäre Proletariat, welches niederkartätscht wird, wenn die Deutschnationalen Drahtzieher ihr Ziel erreichen. Deshalb Arbeiter, Genossen, steht einig und fest im Generalstreik für den Sozialismus."[15]

Die Redaktion der SHVZ unterstützte den Aufruf der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder zum Generalstreik[16] durch einen eigenen Appell an ihre Leser:

„Tut keinen Handschlag im Interesse der Gegenrevolutionäre. Nehmt die Not und die Entbehrung, welche diesem Schritt vielleicht folgen werden, in Kauf für das große Ziel der demokratischen Freiheit in Deutschland. Es geht um Sein oder Nichtsein der Demokratie."[17]

Telefonisch wurde an die Arbeiterschaft aller erreichbaren Betriebe die Aufforderung gerichtet, sofort in den Generalstreik zu treten. Die Arbeitsniederlegungen beschränkten sich am ersten Putschtage allerdings weitgehend auf die Großbetriebe.[18]

Führende Parteimitglieder von MSPD und USPD versuchten auf einer Sitzung im „Bürgerbräu" das weitere Vorgehen zu klären. Im Namen der MSPD-Führung hatte Dr. Hermann Heller um 11.00 Uhr eine Anfrage an das Stationskommando gerichtet, zu welcher Regierung die Marine stehe. Stationschef v. Levetzow verweigerte eine eindeutige Erklärung für die legale Regierung, was als eine indirekte Stellungnahme für die Umstürzler gewertet wurde: *„Er ist von diesem Augenblick an als Feind zu betrachten und dementsprechend zu behandeln.*"[19] Auf der Sitzung im „Bürgerbräu" ging es zum einen um die Versorgung der Bevölkerung während des Generalstreiks, zum anderen um die Frage der Bewaffnung der Arbeiterschaft. Obwohl USPD und MSPD grundsätzlich unterschiedlicher Auffassung über bewaffnete Aktionen waren[20], scheint es über diesen Punkt hier kaum Differenzen gegeben zu haben[21]. Im Vordergrund stand für die MSPD die Abwehr des Putsches, der die republikanische Staatsform schlechthin bedrohte. Aber es kam für die MSPD in dieser Situation auch darauf an, sich an die Spitze der Abwehrfront zu stellen, um ihren Führungsanspruch nicht an die USPD zu verlieren und jeglicher Gefahr einer revolutionären Entwicklung nach links zu begegnen. So wurde im „Bürgerbräu" der Beschluß gefaßt, sich im Munitionsdepot Munition für die Geschütze auf der Werft zu beschaffen, in deren Besitz sich mittlerweile ein Teil der Werftarbeiter gebracht hatte.

Den Parteiführern kam es aber auch auf die Verhinderung einer wilden Bewaffnung und einer Eskalation an; sie bemühten sich in diesen ereignisreichen Tagen immer wieder um einen mäßigenden Einfluß. So hatte Gustav Garbe (USPD) auf einer Versammlung auf dem Wilhelmplatz am Nachmittag des 13. 3. 20, auf der sich mehrere tausend Menschen eingefunden hatten, *„keine bestimmte Parole*"[22] herausgegeben. Aber auch Schweizer von der USPD forderte hier die Arbeiterschaft auf, *„sich geschlossen hinter die Leitung zu stellen und allen veraus-*

[15] Ebd.

[16] Vgl. SHVZ v. 13. 3. 20. Dieser Aufruf bemühte sich, alle Arbeiter anzusprechen. Es wurde darin auch nicht zum Schutz der Regierung aufgerufen, sondern zum Kampf um die durch die Revolution geschaffenen Errungenschaften.

[17] SHVZ v. 13. 3. 20.

[18] Nach KNN v. 14. 3. 20: Reichswerft Howaldtswerke, Reichswerft Friedrichsort, die Werft von Stocks und Holder.

[19] Republik v. 21. 3. 20.

[20] Vgl. dazu Ludewig, Hans Ulrich, Arbeiterbewegung und Aufstand. Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920–1923, Husum 1978.

[21] Im Kieler „Spartakus-Putsch" vom 5./6. Januar 1919 hatten die USPD und die KPD zum Generalstreik und zur Bewaffnung der Arbeiterschaft aufgerufen. Die MSPD hatte das eine wie das andere kategorisch abgelehnt.

[22] Radbruch, Gustav, Der Kapp-Putsch in Kiel; in: Dähnhardt, Dirk/ Granier, Gerhard (Hrsg.), Der Kapp Putsch in Kiel. Eine Dokumentation zum 60. Jahrestag der Märzereignisse von 1920, Kiel 1980, S. 105 (weiterhin zitiert als Dokumentation).

gabten Parolen unbedingt Folge zu leisten."[23] Dem Bestreben, den Widerstand „*organisiert*" verlaufen zu lassen, entsprach wohl auch die Bildung einer „*provisorischen Regierung*" für Kiel. Allerdings wurde diese „Regierung" nach Auskunft von Professor Radbruch niemals tätig[24]. Die KPD hielt sich am ersten Putschtage auch in Kiel von den Aktivitäten von MSPD und USPD fern.[25]

Auf der Besprechung im „Bürgerbräu" wurde Gustav Garbe zum Gouverneur bestimmt.[26] Admiral v. Levetzow reagierte darauf noch am gleichen Tag mit der Verhaftung Garbes.

Auf der Reichswerft wurde inzwischen von den Arbeitern „*der militärische Widerstand organisiert*"; allerdings war die Zahl der Waffen gering, und Munition war kaum vorhanden. „*Daher sah man als erste Aufgabe, das Munitionsdepot in Dietrichdorf zu besetzen.*"[27]

Es kam zu Schießereien zwischen den Arbeitern auf der Werft und einem Landungskorps, das die Reichswerft wieder „*unter die unbedingte Gewalt*" des Stationschefs bringen sollte. Es fielen sechs Mann des Landungskorps; 15 Militärangehörige und ein Arbeiter wurden verletzt.[28] Doch schon bald erfolgte die Besetzung der Werft durch das Bataillon Claassen.

Gegen die Arbeiter in den Dietrichdorfer Höhen, die von dort aus gegen das Munitionsdepot vorgehen wollten, setzte das Militär Geschütze ein. Am Abend des 13. 3. 20 waren die Werft und das Munitionsdepot wieder völlig in der Hand der Marine.

Ein Marineoffizier bewertete rückblickend die Ereignisse des 13. März 1920:

„*Mit diesen blutigen Ereignissen in Gaarden riß die Verständigung zwischen Truppe und Arbeiterschaft ab. Bei der Truppe mußte sich ... das Gefühl einstellen, als ob die angreifenden Arbeiter bolschewistische Ziele verfolgten. Bei der bewaffneten Arbeiterschaft dagegen wurde die Ansicht verbreitet, die Truppe ... von ihren Offizieren irregeführt und würde zur Durchdrückung der ‚Regierung Kapp' gegen die Bevölkerung Kiels eingesetzt, welche treu zur alten Regierung hielte.*"[29]

Admiral von Levetzow ließ endgültig den Schein der Neutralität fallen. Er ließ noch am 13. 3. 20 Sozialdemokraten verhaften, die sich in führenden Rollen am ersten Putschtage hervorgetan hatten – so Garbe, Radbruch und Heller. Am frühen Morgen des 14. März gab Stationschef v. Levetzow die Anweisung, den Beigeordneten beim Regierungspräsidenten in Schleswig, Eduard Adler (MSPD), in „Schutzhaft" zu nehmen.[30] Verhaftet wurde auch der Vorsitzende des Republikanischen Führerbundes, denn man befürchtete, daß diese Organisation[31] Unruhe in die Truppen hineintragen könnte.

Den erkrankten Polizeipräsidenten Poller (MSPD) setzte der Militärbefehlshaber am ersten Abend des ersten Putschtages ab und stellte ihn unter Hausarrest.[32] Der Grund für diese Maßnahme war Pollers Widerspruch gegen den Übertritt der Kieler Sicherheitspolizei zur „Regierung Kapp", den der Kommandant dieser Formation, Major v. Winterfeld, verkündet hatte.[33] Zum Nachfolger von Poller wurde der bisherige Land-

[23] Meldung des Kapitänleutnants v. Werner v. 13. 3. 20; in: Dokumentation, S. 41.

[24] Vgl. Radbruch, Der Kapp-Putsch in Kiel; in: Dokumentation, S. 105.

[25] Die Parteileitung der KPD blieb am ersten Tag des Putsches passiv und riet in ihrem ersten Aufruf sogar vom Generalstreik ab, da die Zentrale in diesem nur den Kampf zwischen zwei gegenrevolutionären Flügeln sah. Die Parteileitung erkannte am 2. Putschtag ihr Verhalten als taktischen Fehler und schwenkte auf den Generalstreik ein.

[26] Garbe hatte bereits Anfang Januar 1919 von Noske den Posten des Gouverneurs übernommen, war aber im März 1919 auf die Funktion des Zivilgouverneurs beschränkt worden. In dieser Funktion war er kaum noch aufgetreten.

[27] Republik v. 21. 3. 20.

[28] KNN v. 21 3. 20.

[29] KNN v. 31. 3. 20.

[30] Vgl. Dienstliches Tagebuch des Chefs der Marinestation der Ostsee; in: Dokumentation, S. 24.

[31] Der Republikanische Führerbund entstand 1919 als Vereinigung von vornehmlich Reserveoffizieren und Unteroffizieren, die wohl in der Mehrzahl der SPD angehörten oder ihr nahestanden. Seine Mitglieder stellten sich vorbehaltlos auf den Boden der Reichsverfassung und forderten, daß die bewaffnete Macht von republikanischen Offizieren geführt werden sollte.

[32] Der Militärbefehlshaber konnte nur im Verein mit dem Polizeipräsidenten Anordnungen an die Zivilbehörden geben.
Anordnung v. Levetzows gegen Poller v. 13. 3. 20; in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schl-Hol. Abt. 301 Nr. 5713.

[33] Vgl. Kommandobefehl von Winterfelds v. 13. 3. 20; in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schl.-Hol. Abt. 301 Nr. 4458.

Redaktion: Kiel, [illegible]
Fernsprecher
Nr. [illegible]
Kommen der Brianni-
[illegible] Gerichte
[illegible] Manuskripte u andere
Beiträge

Abo-Bestellungen
werden nur über Kiel oder
[illegible] in unserer Geschäftsstelle angenommen

Kieler Zeitung.

Begründet 1864 von Dr. Wilh. Ahlmann.

Bezugspreis
mit Post-Bestellgeld 4,15 M.

Einzelnummern je 20 Pf.
Anzeigen-Preis für Kaufmann
1 M. — Reklamen 3 M.
Rabatt nach Tarif.
Erscheint jetzt nur 1Spalt.
Postscheckkonto
Hamburg Nr. 14736.

An unsere Leser!

Die Kieler Zeitung erscheint unter Vorzensur des Militärbefehlshabers des Gouvernementsbereichs Kiel.

Die Gegenrevolution.

* Kiel, 14. März.

Immer und immer wieder hat die „Kieler Zeitung" im ersten Jahre auf die Gefahr der Gegenrevolution hingewiesen. Von deutschnationaler Seite deshalb hart angegriffen — auch innerhalb der äußersten Rechten gebe es anständige feine Deutschen — wurde sie auch von besserunterrichteter Seite deshalb hin und wieder des Pessimismus gezeihen. Ist weit in die Reihen der Sozialdemokratie ging diese Besorgtheit, als deren eifrigster Vertreter der Reichsministerpräsident Noske anzusehen war.

Besinnt Euch!

* Kiel, 14. März.

In dem Augenblick, in dem sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes zum Besseren zu wenden schienen, ist eine neue schwere Katastrophe über unser armes deutsches Volk hereingebrochen. Was alle ruhigen und besonnenen Politiker erhofften, daß wir auf friedlichem Wege und in organischer Fortentwicklung der Dinge zur allmählichen Gesundung gelangen möchten, ist durch das Vorgehen rechtsstehender zu nichte gemacht worden.

Wir leben in neuer Revolution und vor neuen inneren Erschütterungen.

Die von der Mehrheit des deutschen Volkes gewählte Regierung ist abgesetzt und Männer, wie der Generalleutnant Kapp, der frühere Vorsitzende Präsident v. Jagow und der General v. Lüttwitz, haben eine neue Regierung gebildet, die als Militärdiktatur anzusprechen ist. Was wir lange vorhergesehen, und was zu verhindern wir im Interesse unseres tiefgebeugten Volkes bestrebt waren, ist damit Tatsache geworden.

Während die Gegenrevolution sich anschickt, das Errungene zu festigen und auszubauen, rüsten die alte Regierung, die in Dresden ihren Sitz aufgeschlagen hat, und die hinter ihr stehenden Mehrheitsparteien, den Stoß aufzufangen und abzuschwächen. Ein Kampf um die Entscheidung steht bevor.

Aufruf der Deutschen demokratischen Partei.

R. H.

Die Reichsregierung in Dresden.

* Dresden, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichskabinett ist nach Dresden übergesiedelt und bereitet einen Aufruf an das deutsche Volk vor. Anwesend sind in Dresden Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Bauer, Noske, Heil, Koch u. a. General Märker soll erklärt haben, er werde unter allen Umständen die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten und einen geregelten Gang des Wirtschaftslebens sicher stellen. Er wäre nicht Politiker, sondern Soldat.

Die Mitglieder der Reichsregierung und ihre militärischen Führer.

* Berlin, 13. März. (Drahtb. uns. Berl. Schriftl.) Schiffer betonte in der letzten Kabinettssitzung, daß unbedingt einige Mitglieder des Kabinetts in Berlin bleiben müßten. Tatsächlich sind dann auch noch außer ihm Giesberts und Schlicke hier geblieben. Bell befindet sich soweit uns bekannt ist, in Hannover. Schiffer ist in seiner Wohnung verhaftet worden und den Vormittag über in seiner Wohnung in Haft geblieben. Später wurde ihm von Major v. Pittelsommer gesagt, daß er sich frei bewegen könne. Die preußischen Minister, über deren Schicksal wir im einzelnen bisher nichts erfahren konnten, sollen zeitweilig verhaftet gewesen, nun aber gleichfalls freigelassen sein. Die Generale Oldershausen, Oven und auch General Reinhardt haben ihre Ämter niedergelegt, da sie durch den Beschluß des Kabinetts doch nun einmal behindert sind, sich an die Spitze der Truppen zu stellen. General Reinhardt ist übrigens ebenfalls zeitweilig verhaftet gewesen.

Die in Schutzhaft befindlichen Regierungsmitglieder.

* Berlin, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Der preußische Ministerpräsident Hirsch, Eisenbahnminister Oeser und Reichsjustizminister Schiffer, sowie der Pressechef der Reichskanzlei, Ministerialdirektor Rauscher, befinden sich in Schutzhaft in ihren Wohnungen. Gegen Erzberger ist ein Haftbefehl erlassen worden; er ist aber nicht aufzufinden. — Die Zeitungen sind bis Sonntag abend verboten.

Einberufung der Nationalversammlung nach Stuttgart.

* Dresden, 13. März. (Eigener Drahtbericht.) Präsident Fehrenbach hat die Nationalversammlung zum Dienstag, den 16. d. M., nach Stuttgart einberufen.

Kundgebungen der Parlamente. — Generalstreik in Berlin.

* Berlin, 13. März. (Drahtb. uns. Berl. Schriftl.) Im Laufe des heutigen Tages hat der interfraktionelle Ausschuß der drei Mehrheitsparteien wiederholt getagt und sich dann auf folgende Kundgebung geeinigt: „Der Mehrheitsausschuß der Nationalversammlung hat eine ordnungsmäßige Sitzung abzuhalten, an der die drei Regierungsparteien beteiligt waren. Der Mehrheitsausschuß stellt fest, daß die einzige gesetzliche Autorität die Nationalversammlung und die von ihr eingesetzte Reichsregierung ist und bleibt.

Die preußische Landesversammlung war heute der Aufforderung des Aufsichtsrates versammelt und an ihn war, was wir einstweilen als bedenklich halten, zwei Mitglieder der Deutschnationalen beteiligt. Auch diese schlossen sich der Erklärung des Präsidenten Heinrich an, daß die von Kapp verfügte Auflösung der Landesversammlung ungesetzlich ist und die Landesversammlung am [illegible] [illegible]. Fehrenbach ist heute auch von den Reichen der Mehrheitsparteien telegraphiert worden, daß er auch für die Nationalversammlung [illegible]

Zensur durch die Putschisten in der „Kieler Zeitung" vom 14. 3. 1920

rat von Hadersleben Freiherr v. Löw bestimmt. Am 14. 3. 20 wurde dann auch der sozialdemokratische Oberpräsident Kürbis abgesetzt. Zum Nachfolger wurde Paul Lindemann bestimmt; bis zum Herbst 1919 Oberbürgermeister in Kiel und erbitterter Gegner der Sozialdemokratie.

Admiral v. Levetzow machte in seiner zweiten Proklamation[34] Mitteilung davon, daß sich die Marine der *„neuen Regierung"* zur Verfügung gestellt hatte. Nun war deutlich, *„welches seine Ziele waren"*.

„Der Militärbefehlshaber, Admiral v. Levetzow, der in seinem ersten Aufruf zugesagt hatte, lediglich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eintreten zu wollen, schwenkte noch am gleichen Tag ins Lager der Gegenrevolution ein."[35]

Bereits am 13. März hatte v. Levetzow die Presseorgane der sozialistischen Parteien, SHVZ und „Republik", verboten.[36] Die Sonntagsausgabe (14. 3. 20) der „Kieler Zeitung" durfte nur unter Zensur der Marineleitung erscheinen; gestrichen wurden Artikel, die sich in irgendeiner Weise negativ auf das Putschunternehmen bezogen oder die deutlich machten, daß die „alte Regierung" noch existierte.[37] Die Zeitung mit den „weißen Flecken"[38] war die letzte Zeitung in Kiel für die Dauer einer knappen Woche.

Später urteilte der Magistrat:

„Die Verhältnisse erfuhren sofort eine scharfe Zuspitzung dadurch, dass der Militärbefehlshaber Admiral v. Levetzow sich in einer Proklamtion zu der neuen Regierung bekannte und jeden Versuch entgegengesetzter Betätigung mit den schärfsten Mitteln . . . unterdrückte. Hierdurch wurde in der Einwohnerschaft eine maßlose Erbitterung ausgelöst."[39]

Militärpartrouillen durchzogen die Stadt, besetzten die Schiffs- und Maschinenbauschule und bewachten die Zugänge zum Gewerkschaftshaus und zum Polizeipräsidium. Von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr in der Frühe war Zivilpersonen das Betreten der Straßen verboten.[40] Die Streifendienste wurden darauf hingewiesen, daß *„die Propaganda durch Flugblätter zu unterdrücken ist"*[41], Flugblätter zu beschlagnahmen, Anschläge von den Häusern zu entfernen und die Verteiler festzunehmen seien. *„Die Streifendienste haben die Aufgabe, Ansammlungen zu beseitigen und bewaffnete Personen festzunehmen."*[42]

Das Bild militärischer Stärke zu Beginn des Putsches ergab sich auch durch den Übertritt der Kieler Sicherheitspolizei zur „neuen Regierung" und durch den starken Zustrom – v. a. von Schülern und Studenten[43] – zum Zeitfreiwilligenregiment. Zahlreiche Mitglieder der Kieler Einwohnerwehr, der sog. Ordnungsbund, gehörten dem Zeitfreiwilligenregiment an; der Ordnungsbund selbst rief zum Eintritt in das Zeitfreiwilligenregiment, das dem Militärbefehlshaber unterstellt war, auf. Doch der bereits am 13. 3. 20 sehr massive Widerstand der Arbeiterschaft gegen den Putsch hatte den Ordungsbund sehr zurückhaltend gegenüber einem „politischen Einsatz" werden lassen; er bemühte sich, die durch ihn rekrutierten Zeitfreiwilligen in einem speziellen Bataillon des Regimentes zu sammeln, das nur zum Schutz der lebenswichtigen Betriebe eingesetzt wer-

[34] Veröffentlicht in der Morgenausgabe der Kieler Zeitung v. 14. 3. 20.

[35] Kieler Zeitung v. 23. 3. 20 (Abendblatt).

[36] Anweisungen des Militärbefehlshabers gegen die Zeitungen (13. 3. 20); in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schl.-Hol. Abt. 301 Nr. 5713.

[37] Die aus der Zeitung vom 14. 3. 20 herauszensierten Artikel wurden in der Kieler Zeitung v. 21. 3. 20 (Morgenausgabe) abgedruckt.

[38] Kieler Zeitung v. 20. 3. 20 (Abendausgabe); gemeint ist die Sonntagsausgabe vom 14. 3. 20.

[39] Schreiben des Kieler Magistrats an den Reichsminister des Inneren v. 6. 4. 20; in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schl.-Hol. Abt. 301 Nr. 5713.

[40] Vgl. Kommandobefehl der Sicherheitspolizei v. 13. 3. 20; in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schl.-Hol. Abt. 301 Nr. 4458.

[41] Vgl. Tagesbefehl 73 der Sicherheitspolizei v. 13. 3. 20; in: Ebd.

[42] Kommandobefehl der Sicherheitspolizei v. 13. 3. 20; in: Ebd.

[43] Vgl. Radbruch, Der Kapp-Putsch in Kiel; in: Dokumentation, S. 109. Vgl. auch die Schilderungen von Axel Eggebrecht, der im März 1920 Student in Kiel war: Eggebrecht, Axel, Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche, Reinbek b. Hamburg 1981, S. 99.

den wollte.[44] Diese Distanzierung, die mit dem deutlichen Scheitern des Putsches noch stärker wurde, war allerdings zu keinem Zeitpunkt mit einem Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Regierung verbunden. Als Grundlage seines Handelns nannte der Ordnungsbund immer wieder die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung – es waren allerdings Vorstellungen von Ordnung, *„die sich doch gegen eine gewählte Regierung, sich also gegen die staatliche Ordnung wandten"*[45].

Schon bald wurde deutlich, daß die Putschisten kaum aktive Unterstützung im zivilen Bereich erwarten konnten. Der Kieler Magistrat bekannte sich sofort zu Putschbeginn ausdrücklich zur legalen Regierung; und auch die Kieler Beamtenschaft stand den Putschisten – mit wenigen Ausnahmen – nicht zur Verfügung. Das Ortskartell Kiel des Deutschen Beamtenbundes erklärte – wenn auch nach anfänglichem Zögern – am 16. 3. 20 seine Loyalität gegenüber der rechtmäßig gewählten Regierung.

Gleichzeitig hatte auch der Widerstand der sozialistischen Arbeiterschaft durch das massive Vorgehen des Militärbefehlshabers nicht gebrochen werden können. Die MSPD versuchte, noch am 14. 3. 20 einen Apparat zu schaffen, *„der unter den Augen der Militärdiktatur zu arbeiten hatte"*[47]. Zahlreiche Parteimitglieder trafen trotz des bestehenden Versammlungsverbotes in ihren Bezirkslokalen zusammen, die Obleute der MSPD bezogen *„in verschiedenen Hinterzimmern"* Stellung. Die Leitung der MSPD gliederte sich in zwei Zentralen, die ihre Beratungen in Privatwohnungen abhielten. Die Verbindung zwischen den Zentralen und den Bezirkslokalen wurde durch Läufer hergestellt, die ständig unterwegs waren. So konnten *„alle ausgegebenen Parolen ... bis in die untersten Glieder weitergegeben und befolgt werden"*[48]. Gleichzeitig gelang es, Verbindung mit anderen Orten der Provinz und Hamburg aufzunehmen; z. B. druckten die Parteigenossen in Neumünster am 14. 3. 20 Flugblätter und transportierten diese nach Kiel. Selbst die Jugendorganisation der MSPD beteiligt sich bei der Flugblattverteilung:

„Da klebten Mädel und Jungen zusammen und wenn Militärpatrouillen daherkamen, dann hatte „sie" die Flugblätter im Muff, „er" ließ den Kleistertopf unterm Arm verschwinden, und sie taten, wie junge Leute tun, die vom Tanz kommen. An der nächsten Ecke wurde dann die Tätigkeit fortgesetzt."[49]

Doch der Ernst der Lage zeigt sich, als am Abend des 14. März einige der jungen Sozialdemokraten verhaftet wurden. In der Annahme, daß diese Flugblätter in Kieler Druckereien hergestellt worden waren, ließ Admiral v. Levetzow die Räume der „Kieler Zeitung" und der SHVZ durch die Sicherheitspolizei besetzen.[50]

Am Montag, dem 15. 3. 20, zeigte sich im ganzen Reich – und so auch in Kiel – die Wirkung des Generalstreikes in seinem ganzen Ausmaß. Nun traten auch die Arbeiter kleinerer Betriebe in den Streik; dieser hatte mit der stark eingeschränkten Lebensmittelversorgung unmittelbare Auswirkungen für die Bevölkerung Kiels: So produzierten z. B. die Bäcke-

[44] Vgl. den Bericht von Rechtsanwalt Lange an den Oberlandesgerichtspräsidenten in Kiel v. 19. 5. 20; in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schl.-Hol. Abt. 301 Nr. 4458.

[45] Rickers, Karl, Biographische Streiflichter zur Kieler Stadtgeschichte der letzten hundert Jahre; in: MKStG Bd. 63 (1976), S. 28.

[46] Vgl. die Stellungnahme des Ortskartells Kiel des DBB; in: KNN v. 27. 3. 20.

[47] SHVZ v. 29. 3. 20.

[48] Ebd.

[49] SHVZ v. 27. 3. 20.

[50] Vgl. Dienstliches Tagebuch; in: Dokumentation, S. 27.

reien nicht in vollem Umfang, viele Lebensmittel gingen aufgrund des Streiks der Transportarbeiter zur Neige.

Insgesamt war das ganze öffentliche Leben stark beeinträchtigt, die Straßenbahnen, die Eisenbahn und die Dampfschifffahrt ruhten, selbst die Fäkalabfuhr wurde nicht durchgeführt. Ebenso kam das kulturelle Leben Kiels zum Erliegen; z. B wurden die Vorstellungen des städtischen Theaters erst am 25. 3. 20 wieder aufgenommen. Voll eingesetzt hatte der Generalstreik auch in den sog. lebenswichtigen Betrieben.[51] Während in den Gas- und Elektrizitätswerken die Arbeit zunächst völlig ruhte, waren die Wasserwerke aufgrund des Einsatzes der „Technischen Nothilfe"[52] nur kurz außer Betrieb. Es zeigte sich aber, daß deren Einsatz während des Streiks zu einer Verschärfung der Gegensätze führte und damit nur bedingt möglich war. Die streikenden Arbeiter lehnten die „Technische Nothilfe" als Streikbrecher ab und werteten deren Tätigkeit als Unterstützung der Putschregierung.

Die Atmosphäre wurde in Kiel immer spannungsgeladener.

„Die Straßen waren schwarz von Menschen, die trotz blanker Bajonette, Gewehre, Maschinengewehre, Minenwerfer den Soldaten fast auf den Leib rückten. Bei Abrücken der Ablösung sangen sich die Soldaten Mut an. Mit ihrem ‚Wir halten fest und treu zusammen . . .' schreckten sie aber die Massen nicht, sie erbitterten sie nur noch mehr. Vereinzelt fielen Schüsse, oft wurden sie nur in die Luft abgegeben, manchmal wurde nur Schreckmunition verwendet."[53]

Auch die wiederholten Bekanntmachungen über die Einsetzung von außerordentlichen Kriegs- und Standgerichten machten auf die Arbeiterschaft wenig Eindruck.

„Levetzow warnt erneut durch Plakate. Die Arbeiter witzeln nur darüber. Der von dem Admiral gebrauchte Ausdruck ‚Ich warne zu letzten Male' wird allgemein dahin ausgelegt, ‚aha, de Puste geiht em ut.'"[54]

Von militärischer Seite konnte man auch nicht verhindern, daß *„immer noch"* Flugblätter verbreitet wurden, *„die zum Festhalten an der alten Regierung aufforderten oder ungünstige Berichte über die Entwicklung der Dinge bringen"*[55].

Dagegen wurden die Bekanntmachungen des Militärbefehlshabers zu einem erheblichen Teil vernichtet: Die Anschläge wurden abgerissen oder überklebt; Flugblätter wurden verbrannt.

Während sich in Berlin das Scheitern des Putsches abzeichnete, wurde auch die Stellung des Kieler Militärbefehlshabers zunehmend schwieriger; nicht nur, daß die Opposition gegen den Staatsstreich nicht zu unterdrücken war, auch „Sympathisanten" distanzierten sich nun sichtlich vom Putschunternehmen. Immer mehr Zeitfreiwillige verließen das Regiment[56], in der Sicherheitspolizei gab es vermehrt Konflikte zwischen den Mannschaften und den Offizieren. In einer Versammlung am 16. 3. 20 machten zahlreiche Beamte der Sicherheitspolizei deutlich, daß sie nicht gewillt waren, sich weiterhin für die „neue Regierung" einsetzen zu lassen.[57] Ähnliche Konflikte gab es mittlerweile auch in einigen militärischen Truppeneinheiten.[58]

[51] Als lebenswichtige Betriebe wurden namentlich bezeichnet die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Eisenbahn-, Post-, Telegraphenwerkstätten, Hüttenbetriebe, Landwirtschaft, Zuckerfabriken, Brennereien, Mühlen, Schlachthäuser.

[52] Vgl. dazu: Kater, Michael, Die „Technische Nothilfe" im Spannungsfeld von Arbeiterunruhen, Unternehmerinteressen und Parteipolitik; in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), S. 30–78.

[53] SHVZ v. 20. 3. 20.

[54] Republik v. 21. 3. 20.

[55] Aus einem Befehl v. Levetzows an die Sicherheitspolizei v. 15. 3. 20; in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schl.-Hol. Abt. 301 Nr. 5713.

[56] Vgl. den Bericht des Kommandeurs des Zeitfreiwilligenregimentes Otto Feldmann; in: Dokumentation, S. 91.

[57] Vgl. den Bericht des Polizeipräsidenten an den Minister des Inneren v. 27. 3. 20; in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schl-Hol. Abt. 301 Nr. 4458.

[58] Vgl. die Erklärung des Minensuchverbandes der Ostsee; in: Kieler Zeitung v. 23. 3. 20 (Abendblatt).

Verstärkt hatte sich auch der Gegensatz zwischen der Kieler Stadtvertretung und dem Militärbefehlshaber, der öffentliche Sitzungen der Stadtkollegien von seiner Genehmigung abhängig gemacht hatte. Er ließ für die Sitzung der Stadtverordneten am Nachmittag des 16. 3. 20 keine Zuhörer zu; die Tribünen und Presselogen wurden von bewaffneten Soldaten versperrt. Doch die Stadtverordneten lehnten die Beratung in geheimer Sitzung ab und beschlossen, den Vertretern der Presse den Aufenthalt im Sitzungssaal zu gestatten, *„um die Öffentlichkeit der Verhandlungen, die nicht aufgegeben werden soll, auch effektiv zu machen"*[59]. In einer Resolution erklärten sich die Stadtverordneten mit der Magistratserklärung für die legale Regierung v. 13. 3. 20 solidarisch und verwahrten sich *„gegen jeden Eingriff in die städtische Selbstverwaltung"*[60]. Allerdings lehnte die Fraktion der Bürgervereinigung (DVP, DNVP) es ab, sich an der Abstimmung über die Resolution zu beteiligen.

Von militärischer Seite versuchte man, der wachsenden Unruhe in Kiel mit Verstärkung der Truppen auf den Straßen der Stadt zu begegnen; am Nachmittag des 16. März wurde eine große Menschenmenge in der Muhliusstraße von einer Abteilung der Küstenwehr aufgelöst. Dabei wurden drei Zivilisten verletzt, ein Zivilist getötet.[61]

Obwohl am 17. 3. 20 auch in Kiel kein Zweifel mehr über das Scheitern des Putsches bestehen konnte, versuchte Admiral v. Levetzow militärische Stärke zu demonstrieren. So ließ er u. a. am Morgen des 17. März das Parteibüro der USPD in der Preußerstraße ausheben und dort anwesende USPD-Mitglieder verhaften.[62] Die Erbitterung großer Teile der Kieler Bevölkerung nahm zu.

„Inzwischen spitzten sich die Gegensätze zwischen Zivilbevölkerung und Militär immer stärker zu. Die Arbeiter sind voller Erbitterung und erregt, weil sie im unklaren sind. Sie verlangen, losschlagen zu dürfen. Es besteht die Gefahr, daß es zu planlosen Versuchen kommt, der Militärgewalt entgegenzutreten... Immerhin kommt es stets häufiger zu Zusammenstößen mit dem Militär."[63]

Nachdem es am 17. 3. 20 zu weiteren blutigen Auseinandersetzungen zwischen Militär und Zivilbevölkerung gekommen war, griff nun auch der Kieler Magistrat stärker in die Entwicklung der Dinge ein als bisher, um weitere Gewaltakte in Kiel zu verhindern. Er forderte den Rücktritt von Stationschef v. Levetzow sowie den der anderen Kieler Repräsentanten des Putsches (Lindemann, v. Löw) und die Aufhebung aller Haftbefehle.[64] Der Magistrat war sich nun mit den Parteivertretern (außer der DNVP) darüber einig, daß *„nach dem Rücktritt des Reichskanzlers Kapp auch diejenigen führenden Persönlichkeiten, die sich im entscheidenden Augenblick zur neuen Regierung bekannt hatten, zurücktreten. Man war übereinstimmend der Ansicht, dass ohne sofortigen Rücktritt des Admirals v. Levetzow für Kiel alles verloren sei."*[64]

Admiral v. Levetzow wies diese Forderungen empört als Anmaßung zurück[65]; gleichfalls war er nicht bereit, das Militär

[59] Republik v. 21. 3. 20.
[60] Protokoll der Stadtverordnetensitzung v. 16. 3. 20; in: Dokumentation, S. 84.
[61] Vgl. KNN v. 21. 3. 20.
[62] Vgl. Republik v. 22. 3. 20.
[63] Ebd.
[64] Vgl. den Bericht v. Bürgermeister Gradenwitz; in: Dokumentation, S. 82; SHVZ v. 22. 3. 20.
[64] Schreiben v. Bürgermeister Gradenwitz an den Militärbefehlshaber (Ewers) v. 19. 3. 20; in: StA Kiel, Akten des Magistrats Nr. 20907.
[65] Seine Antwort an die Versammlung der Parteienvertreter vgl. in: SHVZ u. Republik v. 22. 3. 20; Anlage 4 zum Bericht v. Gradenwitz.

von den Straßen zurückzuziehen, wie es eine Abordnung der Stadtvertretung von ihm am Abend des 17. 3. 20 gefordert hatte.

Wie v. Levetzow war die Mehrzahl der Offiziere nicht in der Lage, *„ihren militärischen Ehrenstandpunkt höheren Notwendigkeiten unterzuordnen"*:

„Wären die militärischen Befehlshaber nicht von aller Vernunft, von aller kühlen Überlegung und Gewissenhaftigkeit verlassen gewesen, so hätten sie die Mittwochnacht zum Zurückziehen der Truppen aus der Wilhelminenstraße benutzen müssen . . . Trotzdem man aber auf der Station bereits wußte, daß die neue Berliner Regierung bereits verschwunden war, ließen die Kieler militärischen Machthaber von ihrem Tun nicht ab. So kam dann der blutige 18. März, der Donnerstag heran."[66]

Wie sehr auch die Fehleinschätzungen, Vorurteile und alte Ressentiments den Gang der Ergebnisse bestimmten, zeigt sich z. B.am Bericht des Kommandeurs des Zeitfreiwilligenregiments, wenn dieser bemerkt, daß ihm erst am Abend des 18. 3. 20 klar wurde, *„daß an diesem Tage nicht der Mob allein auf der Straße gekämpft hatte, sondern die gesamte Arbeiterschaft die Republik gegen eine angeblich monarchistische Gegenrevolution verteidigte, deren Träger nach ihrer Ansicht das Militär war"*[67].

Auslösendes Moment für die Straßenkämpfe in Kiel am 18. 3. 20 – einen Tag nach dem Scheitern des Putsches – war die Anwesenheit der Kompanie Walther in der Schiffs- und Maschinenbauschule, vor der sich bereits am frühen Morgen eine große Menschenmenge gebildet hatte. Beim Abzug der Kompanie aus der Maschinenbauschule kam es zu Übergriffen der Zivilisten auf die Soldaten. Es entstand ein Handgemenge, die Soldaten versuchten, die Flucht zu ergreifen – es wurden Schüsse gewechselt und die von den Zivilisten entwendeten Handgranaten in die im Laufschritt abrückende Truppe geworfen. Unterdessen wurde auch die nun verlassene Maschinenbauschule gestürmt und Arbeiter konnten sich der dort zurückgelassenen Waffen bemächtigen.[68]

Die Vorgänge im Gebiet der Maschinenbauschule waren nur das Vorspiel zu den eigentlichen Kämpfen, die sich nunmehr zwischen dem Bataillon Claassen, die Einheit der Brigade Löwenfeld, und zahlreichen Arbeitern entwickelten.

Mittlerweile befanden sich in der Hand der kämpfenden Arbeiter Gewehre, Revolver, Handgranaten, Maschinengewehre und Minenwerfer. Am frühen Vormittag hatten Arbeiter die Kaserne am Eichhof überfallen – dort war dann die weitere Bewaffnung erfolgt.[69] Beamte der Sicherheitspolizei, die inzwischen einige ihrer Offiziere abgesetzt hatten[70], kämpften nun an der Seite der Arbeiter. Es waren zwei gewerkschaftlich organisierte Arbeiter-Hundertschaften aufgestellt worden, deren kurzfristige Ausbildung Beamte der Sicherheitspolizei übernommen hatten.[71]

Am „Kleinen Kiel" begannen mittags gegen 12.00 Uhr die eigentlichen Kämpfe. Die Truppen versuchten, in die Fährstraße (heute: Legienstraße) hineinzukommen. Es entwickelte

[66] Bericht des Kommandeurs des Zeitfreiwilligenregimentes Otto Feldmann; in: Dokumentation, S. 93.
[67] Ebd.
[68] Republik v. 22. 3. 20.
[69] Vgl. KNN v. 21. 3. 20.
[70] Vgl. den Bericht des Polizeipräsidenten an den Minister des Inneren v. 27. 3. 29; in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schl-Hol. Abt. 301 Nr. 4458.
[71] Vgl. Stolz, Gerd, Geschichte der Polizei in Schleswig-Holstein, Heide 1978, S. 64 f.

Vor dem Gewerkschaftshaus in der Legienstraße in Kiel: „Verhör" sagt die zeitgenössische (?) Bildunterschrift. Das Bild entstand am 18. 3. 1920, dem „blutigen Donnerstag", bei dem in den Straßenkämpfen über 70 Menschen getötet wurden. Ein Zentrum der Kämpfe war die (heute so benannte) Legienstraße, an deren oberen Teil (im Rücken des Fotographen) die von putschistischen Truppen besetzte Maschinenbauschule lag (Foto: Stadtarchiv Kiel)

sich *„etwa von der Ecke der Fährstraße bis zur Dahlmannstraße ein mörderischer Kampf, der mit der Vernichtung fast sämtlicher dort kämpfenden Truppen endet"*[72]. Besetzt wurde von den bewaffneten Arbeitern die Strecke vom Knooper Weg über die Fährstraße zum Kleinen Kiel, während die Truppen die Linie vom Dreiecksplatz über die Bergstraße innehatten. Zu besonders schweren Kämpfen kam es auch an der Straßenkreuzung Bergstraße/Muhliusstraße.

Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen verweist auf die Bereitschaft der kämpfenden Arbeiter, ihr Leben einzusetzen für die Niederschlagung des Militärputsches und für die Verhinderung der Wiederkehr der alten Ordnung, mit der man das Militär identifizierte. Tragisch ist allerdings, daß es im Grunde für diesen Kampf keinen unmittelbaren Anlaß mehr gab. In Berlin waren die Putschisten gescheitert, Lindemann und v. Löw mußten auf Anordnung der legalen Regierung schon am 17. 3. 20 zurücktreten[73], und am Mittag des 18. 3. 20 war auch Admiral v. Levetzow seines Amtes enthoben worden.

Das Kommando der Kieler Marinestation hatte nun Konteradmiral Ewers übernommen; dieser hatte von der Regierung die Weisung erhalten, einen zivilen Beirat zu berufen. Diesem gehörten von der MSPD Spiegel, von der USPD Güth, von der DDP Hieronymus, von der DVP Wittern an. Bereits um 13.00 Uhr erließen der neue Stationschef und das „Viermänner-Kollegium" einen Aufruf, um den Kämpfen in der Stadt Einhalt zu gebieten. Dieser wurde am Nachmittag durch Flugblätter verbreitet. Dennoch dauerten die bewaffneten Auseinandersetzungen noch bis zum Abend an; die Schuld daran wies man in der „Republik" den Truppen zu: Allerdings waren die an den

[72] Republik v. 22. 3. 20.
[73] Vgl. Dokumentation, S. 47.

Kämpfen beteiligten Arbeiter auch sehr unzufrieden über die „*Waffenstillstandsbedingungen*"; nach dem Bericht der „Republik" erregten diese nur Zorn und Erbitterung, Plakate mit dem Aufruf wurden zerrissen.

„Mit Recht weisen die Arbeiter darauf hin, daß nicht sie den Kampf begonnen haben, sondern daß der Angriff von den Löwenfeldern vorgetragen wurde. An diese vor allem muß sich der Befehl richten, den Kampf einzustellen."[74]

Neben der Stadtvertretung bemühte sich um die Wiederherstellung der Ordnung in Kiel ebenfalls die MSPD-Führung[75]. Parteiführer, Stadtvertreter und Amtsführer der MSPD befanden sich dabei in einer recht schwierigen Situation, denn ein nicht geringer Teil ihrer Parteigenossen kämpfte auf den Straßen Kiels. Aufrufe von Polizeipräsident Poller[76] und Oberpräsident Kürbis[77] am 18. 3. 20 zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Wiederaufnahme der Arbeit riefen Unwillen innerhalb der Arbeiterschaft hervor: *„Kürbis wirft sich zum Diktator für den Abbruch des Generalstreiks auf."*[78]

Durch den Putsch war insgesamt eine Radikalisierung der Mitgliedschaft und des Wählerpotentials der MSPD eingetreten; dieser Radikalisierungsprozeß begünstigte in erster Linie die USPD. Was die „Republik" mit Genugtuung über die in der MSPD organisierten Arbeiter feststellte, war für die Partei selbst problematisch:

„Überall trifft man die Entschlossenheit, die Waffen zu behalten und wenn es sein muß, von neuem das Leben zu wagen. Ein erfreulicher Geist ist auch in den Reihen der rechtssozialistischen Arbeiterschaft eingekehrt. Die Parteigegensätze waren in den letzten Tagen verwischt. Arbeiter aller sozialistischen Parteien standen Schulter an Schulter im Kampf."[79]

Erst am Abend des 18. März beruhigte sich die Lage in der Stadt ein wenig; die Soldaten hatten sich in den Norden der Stadt zurückgezogen. Allerdings hielt sich im alten Stationsgebäude in der Adolfstraße noch ein Trupp Soldaten auf. Dessen Anwesenheit in der Stadt wurde am 19. 3. 20 zum Anlaß für einen weiteren gewaltsamen Zusammenstoß.[80]

Der 18. 3. 20 zeigte in Kiel eine traurige Bilanz: Die Menschenopfer auf beiden Seiten waren groß; die Gesamtzahl der Toten betrug 68[81], mehr als 200 Verwundete waren in die Krankenanstalten eingeliefert worden – auch viele am Kampf völlig unbeteiligte Zivilisten. Hinzu kamen erhebliche Sachbeschädigungen: In den Hauptkampfgebieten waren viele Fensterscheiben zertrümmert, viele Häuser durch Minentreffer stark beschädigt, Laternenpfähle waren umgelegt und Leitungsdrähte der Straßenbahnen abgerissen worden. In den Läden mit zertrümmerten Scheiben war es zu Diebstählen gekommen, vereinzelt hatte es auch Plünderungen gegeben; so wurde z. B. ein Güterwagen mit Kohlen am Eisenbahndamm vollständig ausgeraubt.

Am 19. 3. 20 rückte dann auch das Bataillon Claassen aus Kiel ab; diesem schloß sich der Rest des Zeitfreiwilligenregimentes, das inzwischen aufgelöst worden war, an[82]. Die Sammlung dieser Truppenverbände erfolgte im Lockstedter Lager,

[74] Republik v. 22. 3. 20.

[75] Vgl. dazu den Bericht v. Professor Radbruch, Der Kapp-Putsch in Kiel, in: Dokumentation S. 110 ff.

[76] Abgedruckt in KNN v. 21. 3. 20. In diesem Aufruf verurteilte Poller die Auseinandersetzungen zwischen Militär und bewaffneten Arbeitern und kündigte an, daß „die Schuldigen ... aufs Strengste zur Verantwortung gezogen" würden.

[77] Abgedruckt in: Dokumentation, S. 51 f.

[78] Republik v. 23. 3. 20.

[79] Ebd.

[80] Vgl. Radbruch, Der Kapp-Putsch in Kiel; in: Dokumentation, S. 112 ff.; Republik v. 23. 3. 20; Vorläufiger Bericht; in: Dokumentation, S. 67 f.; Bericht v. Otto Feldmann; in: Dokumentation, S. 101 f.

[81] Vgl. SHVZ v. 23. 3. 20.

[82] Vgl. den Bericht v. Otto Feldmann; in: Dokumentation, S. 103.

das für die sozialdemokratische Presse ein provozierendes Symbol der Gegenrevolution darstellte: *„Es ist der Sammelpunkt der Kapp-Lüttwitzer-Truppen."*[83]

Und groß war die Empörung, als ein Teil der im Lockstedter Lager befindlichen Einheiten zur Bekämpfung der Roten Armee im Ruhrgebiet eingesetzt wurde.[84]

Die Atmosphäre in Kiel blieb auch nach Ende des Putsches noch sehr angespannt und unruhig; denn es wurde nicht nur der Generalstreik von der Arbeiterschaft fortgesetzt, sondern auch in der Marine kamen schwelende Konflikte erst nach dem Scheitern des Umsturzversuches zum Ausbruch. Während des Putsches hatten sich bestehende Gegensätze zwischen den Offizieren einerseits sowie den Deckoffizieren, Unteroffizieren und Mannschaften andererseits verschärft. Die Mannschaften fühlten sich von den Offizieren belogen und mißbraucht; daher setzten sie am 23. 3. 20 Stationschef Ewers und zahlreiche Offiziere ab.[85] Deckoffiziere übernahmen das Kommando und setzten die Ernennung eines republikanischen Offiziers zum Militärbefehlshaber durch. Insgesamt zeigte sich damit in Kiel ein Bemühen um die Demokratisierung der Marine.

Nach der erfolgreichen Abwehr des Putsches zeigte sich in den Reihen der Arbeiterbewegung eine Siegeszuversicht, daß nun der Teil der Revolution nachgeholt werden könnte, der 1918 versäumt oder seitdem nicht eingelöst worden war.

So hatte die Revolution von 1918 für Kiel keine direkt spürbaren politischen Änderungen gebracht. Militär und Verwaltung hatten ein Jahr nach Beginn der revolutionären Auseinandersetzungen ihre Machtposition im Prinzip wieder festigen können. Auch die Strukturen der in Kiel sichtbaren unteren Ebenen im militärischen und verwaltungsmäßigen Bereich waren erhalten geblieben.

Deutlich zum Ausdruck kam die Hoffnung und das Triumpfgefühl der „Sieger" bei der Beerdigung der in den Straßenkämpfen gefallenen Arbeiter am 24. 3. 20.

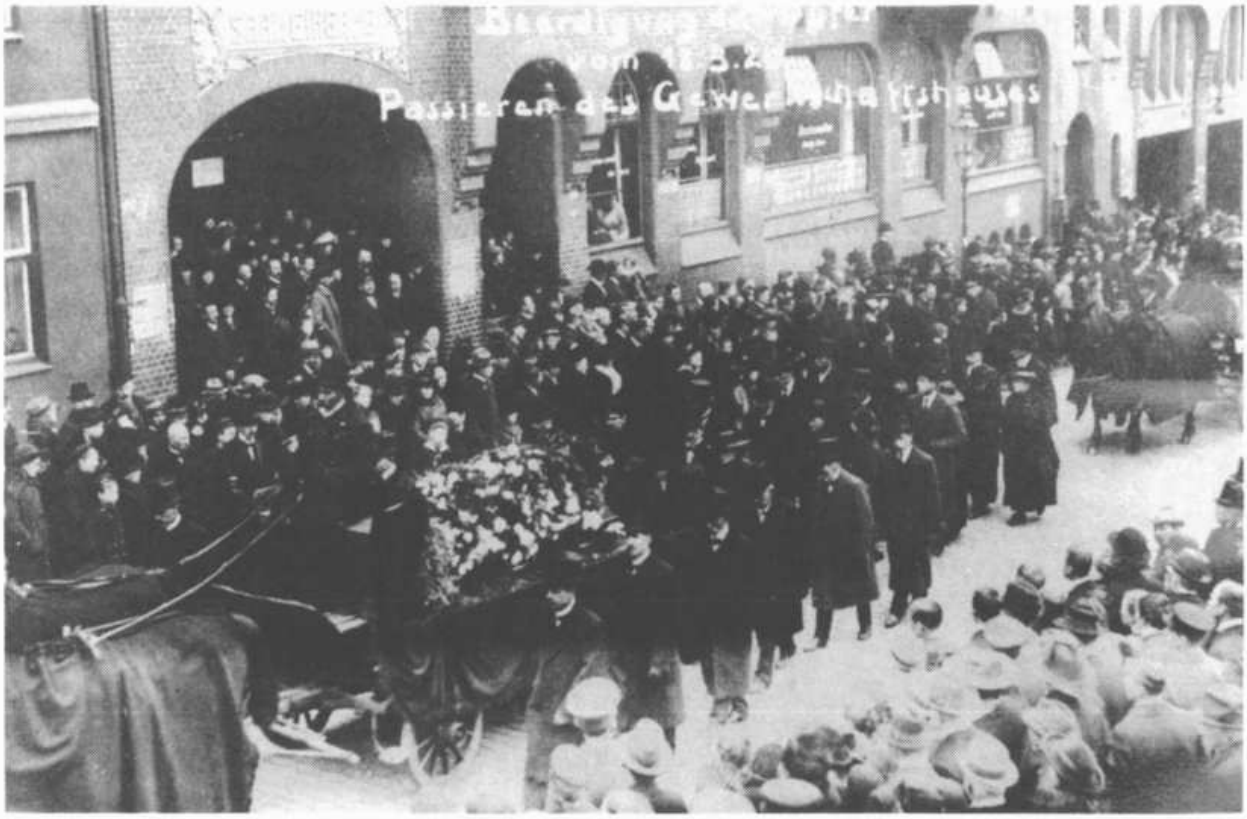
„Wer am gestrigen Trauertag das Volk im gemeinsamen Willen und Tun beobachtet und wer etwas von der Kraft verspürt hat, die in dem einheitlichen Willen der großen Volksmassen liegt, der darf getrost der Zukunft vertrauen. So sei der Kieler Trauertag zugleich ein Frühlingstag."[86]

An dem Trauerzug nahmen ca. 25 000 Menschen teil, *„die Menschenmassen aber, die auf dem langen Weg vom Schloßgarten bis zum Friedhof die Straßen säumten, sind nicht zu schätzen"*[87].

Den Zusammenhang zwischen der Revolution von 1918 und der erfolgreichen Abwehr des Putsches, auf den in den sozialdemokratischen Zeitungen immer wieder hingewiesen wurde, betonte auch Professor Radbruch in seiner Grabrede auf dem Friedhof Eichhof.

„. . . Die Märzgefallenen von 1920 sollen ihre Ruhe finden neben den Novembergefallenen von 1918. Die Novembergefallenen haben den Grund gelegt, erst die Märzgefallenen haben den Bau begonnen. Im November wurden die alten Gewalten

[83] SHVZ v. 30. 3. 20; Republik v. 10. 4. 20: „Es wird weiter geputscht."
[84] Vgl. SHVZ v. 30. 3. 20.
[85] Vgl. Vorläufiger Bericht des Stationskommandos über die Vorgänge vom 20. 3. 20 bis 23. 3. 20; in: Dokumentation, S. 77.
[86] SHVZ v. 25. 3. 20.
[87] Ebd.



Der Trauerzug für die Toten, die in den Kämpfen umgekommen waren, führte nach Durchquerung der Innenstadt auch am Kieler Gewerkschaftshaus vorbei.

geschwächt, nicht gebrochen . . .; als die, welche sich heuchlerisch als Schützer der Ordnung ausgaben, dem Hochverrat dienten, ruhte unsere Ordnung und unsere Verfassung allein auf den Schultern unserer bewaffneten Arbeiter . . . erst am 18. März sind die alten Gewalten endgültig zusammengebrochen, und der denkwürdige 18. März ist uns fortan ein Tag doppelter Erinnerung . . ."[88]

Am 17. 3. 20 war der Putsch zwar gescheitert, doch der Generalstreik wurde fortgesetzt. Das Ende des Staatsstreiches war nicht das Ende des Generalstreiks, weil ein großer Teil der Arbeiterschaft im Putsch ein Symptom dafür sah, wie stark die Gegenkräfte sei dem November 1918 geworden waren.

„*Es sind gewisse demokratische Grundbedingungen, über die jetzt verhandelt wird . . . Es gibt nur einen Weg, jetzt aus dem Chaos berauszukommen, das ist die Sicherung der Demokratie und der berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft, die sich betrogen und ins Unglück geführt fühlt.*"[89]

Von den Gewerkschaften wurden Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellt. Es wurden u. a. gefordert, daß Militär und Verwaltung von gegenrevolutionären Persönlichkeiten gesäubert und militärische Formationen aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung gebildet werden sollten. Neben dem Verlangen nach einer Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage wurden Forderungen aufgegriffen – z. B. die Sozialisierung des Bergbaus und der Elektrizität – wie sie aus den Reihen der sozialistischen Arbeiterschaft vor dem Putsch immer vehementer gestellt worden waren. Der Aufruf der Gewerkschaften zur Fortsetzung des Generalstreiks

[88] SHVZ v. 25. 3. 20.
[89] SHVZ v. 20. 3. 20.

reflektierte genau die Massenstimmung und zugleich war er die Bedingung dafür, daß die Gewerkschaftsführer die Kontrolle über die Bewegung behielten. In Kiel wurde neben der Verwirklichung der Berliner Gewerkschaftsforderungen von der Arbeiterschaft auch die Bezahlung der Streiktage verlangt. Die Kieler Gewerkschafts- und Parteileitungen wollten den Arbeitern zwar die Wiederaufnahme der Arbeit *„empfehlen"*, doch angesichts der herrschenden Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft konnte dies nicht *„bedingungslos"* geschehen. Es sollten *„Sicherungen gegen eine Wiederholung der Vorkommnisse der letzten Tage geschaffen werden"*[90]. Am Morgen des 22. März überbrachten die Mitglieder des Gewerkschaftskartells Leopold, Fahrenkrog, die MSPD-Mitglieder Kunz und Hansen sowie Pallavicini und Faber von der USPD dem Magistrat die Forderungen der streikenden Kieler Arbeiterschaft:

„Um den Generalstreik zu beenden, stellt die gesamte Arbeiterschaft folgende Forderungen:

1. *Auflösung und Entwaffnung aller gegenrevolutionären Formationen, . . ., sowie Entlassung aller Offiziere, Militär- und Polizeibeamte, die im gegenrevolutionären Sinne tätig gewesen sind.*
2. *Bildung von Sicherungstruppen aus organisierten Kopf- und Handarbeitern, die auf republikanischen Boden stehen.*
3. *Über die Zulassung zu dieser Arbeiterwehr entscheidet der Wehrausschuß. Der Wehrausschuß besteht aus 2 SPD, 2 USPD, 1 KPD und 1 Demokraten.*
4. *Bezahlung der Streiktage.*
   Die Kommission, welche aus den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteien gebildet wird, erwirkt vom Magistrat eine Verordnung, daß zunächst Arbeitgeber die Streiktage zu bezahlen haben. Für nicht leistungsfähige Arbeitgeber leistet die Stadt Vorschuss, bis die endgültige Regelung durch das Reich erfolgt ist.
5. *Aufhebung aller ausgesprochenen Kündigungen. Vorläufiges Verbot weiterer Entlassungen, Unterbringung der Erwerbslosen.*
6. *Bildung eines Exekutiv-Rates. Zur Durchführung der aus der Situation sich ergebenden Forderungen setzen die Parteien der SPD, der USPD, KP und Demokratische Partei einen Vollzugsausschuss ein. Derselbe besteht aus*
   4 vom Gewerkschaftskartell
   5 von der SPD
   3 von der USPD
   2 von der KP
   2 von der DP"[91]

Die Zusammensetzung der hier genannten Gremien zeigt eine beachtliche Einigkeit der linken Parteien in der Zeit unmittelbar nach dem Putsch. Die bürgerlich-liberale DDP distanzierte sich von einer Teilnahme an dem Wehrausschuß[92], um die eigenen Wähler nicht zu verlieren. Ein großer Teil des Bürgertums warf der Partei ihren Aufruf zum Generalstreik und die so entstandene Nähe zu den Sozialdemokraten vor.

Die Arbeitgeber und der Magistrat betonten zunächst, daß

[90] Vgl. den Bericht v. Fahrenkrog; in: StA Kiel, Akten des Magistrats Nr. 20907.

[91] StA Kiel, Akten des Magistrats Nr. 20907.

[92] Kieler Zeitung v. 4. 4. 20 – Morgenblatt.

eine Bezahlung der Streiktage nur erfolgen könnte, wenn letztlich das Reich diesen Betrag erstatten würde. Nur unter dieser Voraussetzung sollten 75 % des Stundenverdienstes für die Streiktage vom 15. 3. 20 bis zum 22. 3. 20 bezahlt werden.

Dieses Angebot wurde auf der Vertrauensmännerversammlung der streikenden Arbeiter am Abend des 22. März abgelehnt. Zwar hatte sich die Kommission der Gewerkschafts- und Parteivertreter hier für die Annahme des Angebotes eingesetzt, doch die Arbeiter waren nur zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit, wenn für alle Streikenden der volle Verdienst bezahlt würde.

Angesichts dieser Situation mußten sich Arbeitgeber und Magistrat in der zweiten Verhandlung am 23. 3. 20 auf die Forderung nach einer vollständigen Erstattung der Streiktage einlassen, obwohl man mittlerweile durch die Auskunft des Reichsarbeitsministeriums wußte, daß für die Privatbetriebe keine Erstattung durch das Reich erfolgen würde.

„Die Befürchtung bestand, daß bei der Nichtregelung der Angelegenheit große Unruhen entstehen würden und der Generalstreik fortdauerte. Es ist nicht zu vergessen, was bei aller Kühle der Beurteilung am Orte leichter ermessen werden kann als aus der Entfernung, daß in Kiel, dem Ursprungsort der Revolution, die Verhältnisse sich durch die bekannten politisch militärischen Vorgänge ganz besonders scharf zugespitzt hatten. Weder die Arbeitgeber noch die Stadtverwaltung verschlossen sich der klaren Erkenntnis, daß das von ihnen übernommene Opfer grössere Opfer ersparte . . .“[93]

Von dem Machtgefühl der streikenden Arbeiter in dieser Phase zeugt ein Flugblatt der Zehnerkommission, das nach Abschluß der Verhandlungen in Kiel verteilt wurde:

„Volksgenossen! Das Verhandlungsergebnis zeigt, ein wie gewaltiger Machtfaktor wir sind, wenn wir einig und geschlossen zusammen stehen.“[94]

In dieser Situation, in der der Magistrat befürchtete, *„daß die Arbeiter den Händen der Führer vollständig“* entgleisen könnten[95], sagte er auch die Auflösung des Ordnungsbundes, der Technischen Nothilfe sowie die Entlassung aller Militärs und politischen Beamten, die sich am Putsch beteiligt hatten, zu. Allerdings mußte dem Magistrat klar sein, daß sein Einfluß auf die Entlassung von Militärangehörigen äußerst gering war.

Am 25. 3. 20 wurde dann die Arbeit wieder aufgenommen. Zunächst hatten die Arbeiter auch die Bildung einer Arbeiterwehr durchsetzen können; noch während der Verhandlungen mit dem Magistrat erfolgte die Zustimmung der Regierung zur Gründung einer solchen Formation. Gerade die Bildung einer Sicherungstruppe aus organisierten Arbeitern wurde nach dem Putsch immer wieder als eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Aufbau eines republikanischen Staates bewertet.

Doch schon bald ergab sich die Auflösung der gerade erst gegründeten Arbeiterwehr dadurch, daß über den 20. 4. 20 hinaus von der Regierung keine Mittel mehr zur Bezahlung dieser Formation zur Verfügung gestellt wurden. Die Erbitterung darüber war bei MSPD, USPD und KPD nicht zuletzt

[93] Schreiben des Direktors des Lohn- und Arbeitsamtes, der bei den Verhandlungen anwesend war, an den Regierungspräsidenten (27. 4. 20); in: StA Kiel, Akte Nr. 33674.

[94] StA Kiel, Akte Nr. 33674.

[95] Schreiben des Magistrats an den Minister des Inneren v. 6. 4. 20; in: StA Kiel, Akte Nr. 33674.

deshalb so groß, weil für die Freikorps-Truppen im Ruhrgebiet *„noch Gelder flüssig gemacht wurden"*. Die aktive Arbeiterwehr Kiel wurde zum 24. 4. 20 aufgelöst.[96]

Die Revolution, um die es der Masse der streikenden Arbeiter nach dem Putsch ging, war primär eine demokratische. Die Durchsetzung des Rätesystems wurde in Kiel nur von einer Minderheit angestrebt. So war es dann auch nur eine Frage der Zeit, bis die alten Gegensätze zwischen MSPD und USPD wieder hervorbrachen.

Die Einheitlichkeit der Arbeiterschaft während des Putsches hatte für die MSPD einen Ruck nach links bedeutet – dieser schlug sich nicht in der Regierungsbildung, wohl aber in der Bewußtseinslage der MSPD-Mitgliedschaft nieder.[97]

Die Stoßrichtung der MSPD war, um den Linksruck aufzufangen, offensiv nach rechts, defensiv nach links. Sie wollte damit deutlich machen, daß sie bereit war, die im Kapp-Lüttwitz-Putsch zustande gekommene gemeinsame Front gegen rechts fortzusetzen. Dabei entsprach das Bemühen der MSPD-Führung, eine Polemik gegen die Unabhängigen soweit wie möglich zu vermeiden, der Stimmung ihrer Mitgliedschaft.

Die MSPD-Führung in Kiel warnte aber auch vor überzogenen Forderungen in der angespannten Situation nach dem Putsch[98]; die USPD dagegen erhob weitergehende Forderungen *„grundsätzlicher Natur"*. Der Sieg über die Gegenrevolution sollte genutzt werden, um das Rätesystem doch noch zu verwirklichen.[99]

So wurden schon Anfang April 1920 die Angriffe der USPD gegen die MSPD offensiver; in der „Republik" erschienen Schlagzeilen wie die folgende: *„Es wird weitergeputscht mit Hilfe der Mehrheitssozialisten."* Es wurde der Partei übelgenommen, daß sie die Situation nach dem Putsch nicht zu radikalen Veränderungen nutzte. Daher wurde an die Kieler Arbeiterschaft appelliert, die MSPD *„lahmzulegen"*, da sie die Partei sei, *„die uns all dieses Elend erzeugt hat."*[100]

In den sozialdemokratischen Presseorganen wurde nach dem Staatsstreich vehement die Bestrafung aller am Putsch beteiligten Personen gefordert. Die sozialdemokratische Fraktion stellte auf der Sitzung der städtischen Kollegien am 30. 3. 20 einen Dringlichkeitsantrag zur beschleunigten Untersuchung aller mit dem Putsch zusammenhängenden Vorgänge. Hierfür sollte eine Kommission, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern und acht Stadtverordneten, eingesetzt werden.

Insbesondere sollte die Kommission feststellen, ob städtische Beamte sich für die Putsch-Regierung eingesetzt hätten, ob hochverräterische Handlungen von seiten städtischer Beamten vor und während des Putsches begangen worden waren, und inwieweit sich in den städtischen Schulen Lehrer und Schüler an den Umtrieben beteiligt hätten. Die Kommission sollte gegebenenfalls dafür Sorge tragen, daß die schuldigen Beamten eine Bestrafung erhielten.

Mit großer Enttäuschung wurde innerhalb der Arbeiterschaft der Verlauf der Ermittlungen und Verfahren gegen Be-

[96] Vgl. SHVZ v. 26. 4. 20.
[97] Vgl. Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920. Düsseldorf 1978, S. 389.
[98] Vgl. SHVZ v. 20. 3. 20.
[99] Vgl. Republik v. 23. 3. 20.
[100] Republik v. 12. 4. 20.

amte, die des Übertritts zur Putschregierung beschuldigt wurden, verfolgt. Der Nachweis einer Unterstützung des Staatsstreiches war nicht zuletzt durch dessen kurze Dauer recht schwierig.

Die meisten Verfahren wurden eingestellt; einen durchaus typischen Verlauf nahm z. B. die Untersuchung gegen v. Löw, der das Amt des abgesetzten Polizeipräsidenten Poller übernommen hatte. Gegen v. Löw hatte der Oberstaatsanwalt in Leipzig ein Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet. Schließlich wurde er aber nur mit einer Geldstrafe von 300 Mark belegt; gleichzeitig wurde die durch Erlaß vom 18. 5. 20 verfügte Amtssuspension am 3. 11. 20 aufgehoben.[101]

Von den führenden Putschisten wurde einzig und allein der von Kapp als Innenminister vorgesehene Traugott v. Jagow zu fünf Jahren Festung, von denen er nur drei abbüßte, verurteilt. Alle anderen konnten entweder fliehen oder wurden gar nicht erst vor Gericht gestellt.

Anfang August beschloß der Reichstag eine Generalamnestie, die alle in das Märzunternehmen verwickelten Personen – mit Ausnahme der führenden Köpfe – von jeglicher gerichtlicher Verfolgung befreite. Unter diese Amnestie fielen auch die Hauptbeteiligten von Kiel, d. h. auch der ehemalige Militärbefehlshaber Admiral v. Levetzow[102]. Für viele Kieler mußte dies unfaßbar sein.

So mußten die Arbeiter, die die Gegenrevolution abgewehrt hatten, noch im Jahre 1920 feststellen, daß der Putsch für die Beteiligten kaum Konsequenzen hatte. Gleichfalls wurden die Hoffnungen auf eine republikanisch aufgebaute Reichswehr bereits 1920 zerschlagen. Nicht nur die Reichswehrführung und die Admiralität sprachen sich gegen eine allzu durchgreifende Veränderung der militärischen Organisation aus, auch die MSPD-Führung in Berlin schreckte vor einer radikalen Säuberung von Reichswehr und Bürokratie zurück.

Dies wirkte sich auch auf die Entwicklung der Marine in Kiel aus; bereits im Mai 1920 konnten die Admiralität und Reichswehrminister Geßler die Rückkehr der meisten Offiziere auf ihre Posten durchsetzen und den von den Mannschaften eingesetzten Militärbefehlshaber durch einen Mann ihrer Wahl ersetzen[103] – damit waren die alten Zustände in der Marine wiederhergestellt, was von der SHVZ resigniert kommentiert wurde.

„Allen ist geholfen, den Offizieren, die ihre Stellen wieder haben, den Mannschaften, die ihre früheren Offiziere wieder haben . . . Nur die letzten beißen die Hund. Diejenigen nämlich, welche in den kritischen Tagen sich für die Koalitionsregierung eingesetzt haben.“[104]

Die Chance zu einer Reform der Reichswehr, die nach der Abwehr des Umsturzversuches bestand, sollte in der Weimarer Republik nie wiederkehren.

Insgesamt wurde damit nur ein geringer Teil der Forderungen, die die Gewerkschaften nach dem Putsch gestellt hatten, eingelöst.

Der Versuch, die Ergebnisse der Revolution gewaltsam zu

[101] Vgl. den Brief des Ministers des Inneren an v. Löw (Abschrift); in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schl-Hol. Abt. 301 Nr. 4457.

[102] Vgl. die Abschrift des Beschlusses des Feriensenates des Reichsgerichts v. 8. 9. 20; in: LAS, Akten des Oberpräsidiums Schl-Hol. Abt. 301 Nr. 5713.

[103] Vgl. SHVZ v. 26., 27. 5. 1920.

[104] SHVZ v. 26. 5. 20.

beseitigen, hatte vereitelt werden können. Der Versuch, die Ergebnisse der Revolution nachträglich zu korrigieren, gelang nicht.

Quellen

Ungedruckte Quellen

1.1. Landesarchiv Schleswig (LAS)
Akten des Oberpräsidiums: Abteilung 301
4457
4448
5712
5713
5746
1.2. Stadtarchiv Kiel (StA Kiel)
Akten:
20907
20908
32919
33674

Gedruckte Quellen

Brammer, Karl, Fünf Tage Militärdiktatur. Dokumente zur Gegenrevolution, Berlin 1920.
Dähnhart, Dirk/Granier, Gerhard (Hrsg.), Der Kapp-Putsch in Kiel. Eine Dokumentation zum 60. Jahrestag der Märzereignisse von 1920; in: MKStG 66 (1980).
Statistisches Jahrbuch der Stadt Kiel. II. Jahrgang 1912–1918, Kiel 1920.

Zeitungen

Kieler Neueste Nachrichten, Jahrgang 1920
Kieler Zeitung, Jahrgang 1920
Republik, Jahrgang 1920
Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, Jahrgang 1920
Vossische Zeitung v. 24. 4. 20

Literatur

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld. 5. Aufl., (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, 4), Villingen/Schwarzwald 1971.
Bracker, Jochen, Einwohnerwehren in Schleswig-Holstein, in: ZSHG, Bd. 99 (1974), S. 255–269.
Dähnhardt, Dirk, Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19, 2. unveränderte Aufl.; MKStG 64 (1984).
Eggebrecht, Axel, Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche, Reinbek b. Hamburg 1981.
Erger, Johannes, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik (1919/20. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 35), Düsseldorf 1967.
Forstmeier, Friedrich, Zur Rolle der Marine im Kapp-Putsch; in: Seemacht und Geschichte. Festschrift zum 80. Geburtstag von Friedrich Ruge. Hrsg. vom Deutschen Marineinstitut, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 51–80.

Gordon, Harold J., Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926, Ffm 1959.
Grainer, Gerhard, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente. (Schriften des Bundesarchivs, 31), Boppard am Rhein 1982.
Kater, Michael, Die „Technische Nothilfe" im Spannungsfeld von Arbeiterunruhen, Unternehmerinteressen und Parteipolitik; in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), S. 30–78.
Liebe, Werner, Die Deutschnationale Volkspartei von 1918 bis 1924. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 8), Düsseldorf 1956.
Ludewig, Hans-Ulrich, Arbeiterbewegung und Aufstand. Eine Untersuchung zum Verhalten der Arbeiterparteien in den Aufstandsbewegungen der frühen Weimarer Republik 1920–1923. (Historische Studien, 432), Husum 1978.
Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 63), Düsseldorf 1978.
Milatz, Alfred, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politsche Bildung, 66), Bonn 1965.
Potthoff, Heinrich, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 66), Düsseldorf 1978.
Rickers, Karl, Biographische Streiflichter zur Kieler Stadtgeschichte der letzten hundert Jahre; in: MKStG 63 (1976), S. 7–50.
Schulze, Mengen, Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard am Rhein 1969.
Stolz, Gerd, Geschichte der Polizei in Schleswig-Holstein, Heide 1978.
Thimme, Anneliese, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969.
Winkler, Heinrich, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924, Bonn 1984.